

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
171 · Ausgabe AG · September 2017

SP

EINE SP-INITIATIVE GEGEN DIE FINANZNÖTE

Wenn dieses links.ag erscheint, wird der Regierungsrat sein Budget für das kommende Jahr bereits vorgestellt haben. Klar ist: Der Aargau hat ein gravierendes Finanzproblem. Die rechte Mehrheit hat den Kanton in den letzten Jahren skrupellos an die Wand gefahren. Zwar rückt der Regierungsrat nach jahrelanger politischer Arbeit der SP endlich ein bisschen von seiner Vogelstrauss-Politik ab und will auch auf der Einnahmenseite Korrekturen vornehmen. Aber deutlich zu wenig. Vor allem weigern sich Regierung und Parlament nach wie vor, die überrissenen Steuergeschenke der letzten Jahre zu korrigieren. Deshalb hat der SP-Parteitag bereits vor den Sommerferien einen Acht-Punkte-Plan und die Ausarbeitung einer Volksinitiative beschlossen. Der Fachausschuss Wirtschaft und Finanzen arbeitet zurzeit an der Umsetzung. Im Fokus stehen vor allem eine Anhebung der Einkommenssteuern für hohe Einkommen (ab 100 000 Franken steuerbares Einkommen), eine Korrektur der zu tiefen Unternehmenssteuern für hochprofitable Firmen (ab einem Gewinn von 500 000 Franken) sowie die Korrektur der stossenden Unterbesteuerung von Dividenden. Die Geschäftsleitung plant, dem Parteitag im Winter 2017/2018 einen Vorschlag für eine Volksinitiative zu unterbreiten.

Wer im Fachausschuss mitmachen möchte, meldet sich am besten direkt bei Julia Hoppe: julia.hoppe@sp-aargau.ch

Cédric Wermuth ist SP-Nationalrat und Co-Präsident der SP Aargau.

Es braucht unser geschlossenes Engagement für die Altersvorsorge 2020!

EIN JA AM 24. SEPTEMBER ZUR ALTERSVORSORGE 2020 IST DRINGEND NÖTIG, UM DIE ALTERSVORSORGE ZU STABILISIEREN UND EINEN LEISTUNGSABBAU ZU VERHINDERN. WAS DAS NEINLAGER AN FALSCHMELDUNGEN UND BEHAUPTUNGEN PRÄSENTIERT, VERLANGT NACH KLARTEXT – UND MEHR DENN JE NACH EINEM GESCHLOSSENEN ENGAGEMENT DER SP.

Pascale Bruderer von Nussbaumen ist Aargauer SP-Ständerätin



Das Problem ist offensichtlich, der Handlungsbedarf unbestritten: In den nächsten Jahren erreichen die geburtenstarken Jahrgänge das Pensionsalter, die Lebenserwartung steigt und die Zinsen sind ausgesprochen tief. Es ist höchste Zeit für das, was in den letzten 20 Jahren misslungen ist: eine umfassende Reform der Altersvorsorge.

Dieses Anliegen betrifft uns alle. Es ist zu wichtig, um es Partikularinteressen zu opfern oder zum Spielball der Parteien werden zu lassen. Genau darum wurde eine ausgewogene Reform auf die Beine gestellt. Eine Reform, bei der Einnahmen und Ausgaben übereinstimmen. Keine Reform der sozialdemokratischen

Maximalforderungen zwar (und leider konnte auch die Lohngleichstellung nicht rechtzeitig durchgesetzt werden) – aber eine Reform des gesunden Menschenverstands. Und noch wichtiger: eine Reform, die das Rentenniveau sichert und die AHV stärkt.

Die Behauptung der Gegnerinnen und Gegner, diese Reform schade der jungen Generation, ist nicht nur falsch, sondern geradezu perfid. Denn die Jungen sind die Leidtragenden der heutigen Missstände in der zweiten Säule, einer unfairen Umverteilung zu Lasten der Erwerbstätigen. Auch und gerade im Interesse der Generationengerechtigkeit braucht es hier eine Korrektur, wie sie nur die Vorlage «Altersvorsorge 2020» innert nützlicher Frist ermöglichen wird.

Auch der Vorwurf, die Reform decke den Finanzierungsbedarf nicht genügend, erstaunt. Schliesslich waren es just die Gegner der Vorlage, die sich im Rahmen der Parlamentsberatungen

gegen weitergehende Einnahmen wehrten. Und ihr Plan scheint sehr durchschaubar: Eigentlich wollen sie einen Abbau der Leistungen und eine Erhöhung des Rentenalters – als Alternative zur ausgewogenen Reform Altersvorsorge 2020, die statt Partikularinteressen zum Glück das Gemeinwohl ins Zentrum stellt.

Der Vorschlag, statt der umfassenden Reform kleinere Pakete zu schnüren, ist mit Blick auf die letzten Versuche illusorisch. Genau das war nämlich nie mehrheitsfähig: Die Bevölkerung will keine Salami-Taktik, sondern eine ehrliche und transparente Gesamtschau. Zu Recht!

Entlarven wir diese Argumente! Gehen wir als SP geschlossen in die Offensive, sagen wir klar und deutlich, worum es geht. Nämlich darum, die wohl wichtigste sozialpolitische Errungenschaft in die Zukunft zu tragen: Eine solide Altersvorsorge und die Aussicht auf ein Altern in Würde – für alle statt für wenige.

JA

KOMMENTAR



«Switzerland first»

Nach einer in der Presse als «lustlos» dargestellten JA-Parolenfassung der SPS zur Ernährungssicherheit bin ich nach Kanada verreist. Ich sah dort, was es heisst, wenn hemmungsloser Wettbewerb in der Landwirtschaft regiert und sich zum Raubbau an der Natur entwickelt, was nichts mit Nachhaltigkeit und Ökologie zu tun hat: Auf fruchtbaren Böden besteht in Kanada die Fruchtfolge aus Gentechmais – Soja – Gentechmais, dazwischen wird mit dem fragwürdigen Glyphosat gespritzt. Die Folgen: Die Böden laugen aus, und aufgrund des Agrochemieeinsatzes bilden sich Resistenzen.

Wir Schweizerinnen und Schweizer wollen naturnah produzierte Lebensmittel mit hoher Qualität, möglichst biologisch und fair abgegolten. Genau aus diesem Grund muss, insbesondere die SP, welcher Nachhaltigkeit und Ökologie ja bekanntermassen am Herzen liegen, der gesetzlich verankerten Ernährungssicherheit eine Chance geben. Meiner Meinung nach ist es nicht nachhaltig, wenn wir die Produktion im Inland reduzieren und es uns nicht schert, wie die Lebensmittel im Ausland produziert werden, die wir importieren und teils durch Weiterverarbeitung «inlandisieren».

Jede Vernunft geleitete Person sollte nicht nach dem Sprichwort «Was ich nicht weiss, macht mich nicht heiss» leben, sondern eher nach «Unwissenheit schützt vor Strafe nicht». Diese Vorgehensweise wäre, wie zuletzt der Eierskandal in Deutschland bewiesen hat, weitaus gesünder. Ich für meinen Teil möchte wissen, was ich esse. Und Sie? Darum Ja zum Gegenvorschlag zur Initiative für Ernährungssicherheit.

Colette Basler von Zeihen ist Lehrerin, Bäuerin und SP-Grossrätin.

REVISION KANTONALES BÜRGERGESETZ

777 Jahre Schärz

DIE NAMEN HUMMEL, WÄLTI UND ENGEL WAREN EINST DIE KLASSIKER IM DORFE SCHERZ (IN LOKALER MUNDART «SCHÄRZ») IM EIGENAMT, GELEGEN AM FUSSE DER HABSBURG ZWISCHEN SCHINZNACH-BAD UND LUPFIG. HEUTE FINDEN SIE SICH NICHT MEHR IM EINWOHNERRODEL DES DORFES – WOHL ABER IN AMERIKA. DIE GEMEINDE FUSIONIERT PER 2018 MIT DEM BENACHBARTEN LUPFIG. IM AUGUST 2017 FEIERTE SIE 777 JAHRE SCHÄRZ MIT EINEM DREITÄGIGEN DORFFEST UND EINEM EINDRÜCKLICHEN MUSICAL.



Urs Hofmann
von Aarau ist
SP-Regierungsrat.

Sie ist unspektakulär, die Geschichte des Dorfes Scherz, die der Bevölkerung Mitte August in einem Jubiläumsmusical vor Augen geführt wurde. Im Jahr 1240 per Zufall in einer Urkunde erwähnt, während Jahrhunderten ein Dorf, wie es sie in unserem Kanton so viele gibt. Ein typisches Aargauer Bauerndorf eben: «Was es bei uns gab, gab's fast überall», sagt eine Erzählerin sinngemäss. Dies gilt auch für die Zeit um die Mitte des 19. Jahrhunderts, als Missernten und wirtschaftliche Krisen in so manchem Aargauer Dorf dazu führten, dass arme und missliebige Bürger zur Ausreise gezwungen und nach Amerika abgeschoben wurden. Auch in Scherz kam die Gemeinde für die Schleppekosten auf; sie musste sich dafür sogar verschulden. Die Hummels, Wältis und Engels zogen in der Not in die Neue Welt – und kamen nie wieder zurück.

Scherz hat zu seinem 777jährigen Jubiläum innegehalten, zurückgeschaut und gesehen, dass einst nicht Bauernromantik, sondern oft Elend und Not das Dorfleben prägten. Und Scherz hat in den letzten Jahren vorwärts geschaut und erkannt, dass der beste Weg in die Zukunft nicht mit einem flotten Ritt auf dem hohen Ross erfolgt,

sondern vorab einen unvoreingenommenen Blick über den eigenen Gartenhag hinaus verlangt.

Vielleicht kein Zufall: Der Scherzer Gemeindeammann Hans Vogel hat das Libretto für das Schärzer Musical geschrieben; er hat sich mit der Geschichte befasst und gleichzeitig seine Gemeinde ohne Scheuklappen mit auf den Weg in die Zukunft genommen. In einem behutsamen Prozess haben sich Lupfig und Scherz auf einen Zusammenschluss geeinigt. Die Bevölkerung beider Gemeinden hat der Fusion im September 2016 deutlich zugestimmt. Scherz und Lupfig werden ab dem 1. Januar 2018 eine Gemeinde bilden. Das Scherzer Dorffest lässt jedoch erahnen, dass das Dorf Scherz auch in Zukunft die emotionale Heimat für viele Scherzerinnen und Scherzer bilden wird. So wie es denn auch sein soll.

Unsere Geschichte ist oft nicht heldenhaft und erzählt nicht von guten alten Zeiten.

Die Gemeinde Scherz im Sommer 2017 zeigt uns zwei Dinge: Unsere Geschichte ist oft nicht heldenhaft und erzählt nicht von guten alten Zeiten. Sie lehrt uns vielmehr, dass viele von uns das Glück haben, im richtigen Moment am richtigen Ort zu leben.

Eine ungefilterte Rückschau und ein unideologisches Vorwärtsschauen wie im kleinen Scherz täten manchem gut. Vielleicht würde dann erkannt, dass den wahren Herausforderungen unserer Zeit nicht mit Attacken gegen die Europäische Menschenrechtskonvention oder den Schreckgespensten EU und fremde Richter beizukommen ist. Sondern mit einer offenen Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn.



«Sharing is Caring*»

DU SITZT ZU HAUSE, LIEST DIE AZ UND DENKST MAL WIEDER, WIE WEIT DIE POLITIKERINNEN UND POLITIKER VON DER BASIS WEG SIND? DU HAST IDEEN, WIE MAN DAS GEMEINSAME LEBEN IM KANTON AARGAU BESSER GESTALTEN KÖNNTE? DU WEISST BEISPIELSWEISE, WAS ES KONKRET HEISST, VON DEN ABBAUMASSNAHMEN DES KANTONS BETROFFEN ZU SEIN, UND MÖCHTEST MIT AN LÖSUNGEN ARBEITEN? DU MÖCHTEST DICH SCHON LANGE POLITISCH ENGAGIEREN, DISKUTIEREN UND GESTALTEN UND WEISST NICHT, WO UND WIE?



Julia Hoppe von Herznach ist politische Sekretärin der SP Aargau.

Die SP Kanton Aargau bietet genau den richtigen Ort für dich!

Mit dem kommenden Parteitag vom 27. September 2017 gibt es acht verschiedene Fachausschüsse. Positionen und Thesen unserer Politik sollen in Zukunft massgeblich in den Fachausschüssen, wozu alle Mitglieder eingeladen sind, entwickelt und diskutiert werden. Folgende ständige acht Fachausschüsse bieten wir an:

Wirtschaft und Finanzen

Auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Solidarität setzen wir uns für eine Wirtschaftspolitik ein, die zugleich den gesellschaftlichen Wandel unterstützt und die Mehrheit der Menschen vom wirtschaftlichen Fortschritt profitieren lässt. Aktuell prüfen wir eine Initiative zur Rückgängigmachung der Steuergeschenke an Reiche und Unternehmen der letzten Jahre.

Justiz und Sicherheit

Der Fachausschuss Justiz und Sicherheit setzt sich mit der Personalpolitik der SP Aargau an den Aargauer Gerichten auseinander und bereitet entsprechende Geschäfte zu Händen der Partei vor.

Bildung und Erziehung

Der Fachausschuss Bildung bearbeitet grundsätzliche Fragen und Probleme der Bildungspolitik.

Kultur und Sport

Aufgrund des zunehmenden Spardrucks haben der Kultur- und der Sportbereich aktuell einen schweren Stand. Der Fachausschuss arbeitet an aktuellen Themen, erarbeitet Stellungnahmen und organisiert Diskussionen mit Kulturschaffenden, Exkursionen und öffentliche Anlässe.

Umwelt, Verkehr, Raumplanung und Energie

Der Fachausschuss Umwelt, Verkehr, Raumplanung und Energie arbeitet an Themen der Energieentwicklung und Raumplanung (gegebenenfalls auch in Zusammenarbeit mit den betreffenden SP-Sektionen) sowie Verkehrs- und auch Umweltthemen.

Gesundheit und Soziales

Ziel des Fachausschusses Gesundheit und Soziales ist es, Stellungnahmen zu Themen der Gesundheits- und Sozialpolitik vorzubereiten. In nächster Zeit eine grosse Herausforderung.

Asyl und Migration

Massstab für eine gelungene Integration ist die Chancengleichheit, was Hauptthema dieses Fachausschusses sein wird.

AG Wohnbau

Die AG Wohnbau ist eine Arbeitsgruppe, die sich beispielsweise mit der Förderung von gemeinnützigem Wohnungsbau oder der Förderung von Wohnbaugenossenschaften befasst. Der Kanton Aargau als Zuwanderungskanton wird sich in Zukunft vermehrt mit Themen der Wohnbaupolitik auseinandersetzen. Die Arbeitsgruppe hat bislang eine Toolbox erarbeitet und wird die kommende kommunalpolitische Tagung zum Thema «2000-Watt-Genossenschaftsareal im Aargau» mitgestalten.

Falls du dich nun in einem der Fachausschüsse engagieren oder einfach nur einmal informiert werden möchtest, melde dich per Mail bei Julia Hoppe, politische Sekretärin (julia.hoppe@sp-aargau.ch), oder telefonisch unter 062 834 94 76. Eine Startveranstaltung mit allen Fachausschüssen findet im Januar 2018 statt, weitere Informationen folgen in Kürze!

*«Sich kümmern heisst teilen.»

KOMMENTAR



Wir sind auch eine Bildungs- und Kulturpartei

Innerparteiliche Bildung gehört zu den Grundpfeilern der SP Aargau und ist demnach für uns ein Schwerpunktthema. Ziel der politischen Bildungsarbeit ist die Schaffung eines tieferen Verständnisses für politische Entscheide, was zu einem wesentlichen Teil die Identifikation mit unserer Partei ausmacht. Daher ist es uns ein grosses Anliegen, neben der tagesaktuellen Alltagsarbeit unseren Mitgliedern regelmässige Plattformen der politischen und persönlichen Bildung und des Austausches anzubieten. Neben den zwei Mal jährlich stattfindenden Kommunalpolitischen Tagungen organisieren wir in der Regel für den ausserordentlichen Parteitag ein Rahmenprogramm. Meist ist das der Besuch einer ortsbezogenen Institution oder Ausstellung. Beliebt sind auch die Anlässe mit kulturpolitischem Bezug (wie Film) mit anschliessender Diskussionsrunde sowie die Debattenveranstaltungen zu aktuellen Abstimmungs- und weiteren politischen Themen. Des Weiteren bieten wir Bildungsmodule für Kandidierende und zu aktuellen Themen an. Gerade in Wahljahren werden diese Veranstaltungen geschätzt und gut besucht. Aktuell sind wir am Wiederbeleben der Fachausschüsse (siehe Bericht von Julia Hoppe), da wir den Einbezug unserer Basis und somit das Fachwissen und Interesse unserer Mitglieder wieder besser in den politischen Alltag und die Entscheidungsfindung einbinden wollen. Die Planung läuft, gestartet wird im Januar 2018. Und im Sinne einer persönlichen Lebensfreude am Politisieren werden wir erstmals im Frühling 2018 eine Bildungsreise anbieten. Bist du dabei?

Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist Co-Präsidentin der SP Aargau und Grossrätin.

KOMMENTAR



Wir brauchen die SP Frauen*

Die SP Frauen* Schweiz feiern grossen Geburtstag und zeigen mit 100 Gründen, wieso eine ungebrochene Aktivität weiterhin sehr wichtig ist. Ein Grund ist mir besonders ins Auge gestochen. Er lautet: «Die SP Frauen* sind wichtig, weil in Gleichstellungsfragen immer Stillstand oder Rückschritte drohen, wenn die Frauen nicht aufpassen und nicht vernetzt sind.»

Bestes Beispiel dafür ist die Gleichstellungspolitik in unserem Kanton, die zwar in der Fachstelle Familie und Gleichstellung «integriert» ist, aber durch weitere Budgetreduktionen noch vermehrt in die Bedeutungslosigkeit verschwinden wird.

Es gibt keine kantonale Rechtsgrundlage zum Gleichstellungsgesetz, und die Aufgabe der Fachstelle konzentriert sich primär auf die Familienpolitik und sekundär auf gleichstellungspolitische Grundlagenarbeit. Die Folge davon ist, dass die Gleichstellung von Frau und Mann noch stärker zur Privatsache wird und öffentliche Debatten, Informationen, Vernetzung, Veranstaltungen und Projekte immer weniger stattfinden.

Darum braucht es Frauenorganisationen, darum braucht es die SP Frauen*!

Ich danke den Co-Präsidentinnen der SP Frauen* Aargau Viviane Hösli und Elena Flach für ihre Arbeit und dafür, dass sie gewährleisten, dass die wichtige Auseinandersetzung rund um die Gleichstellungs- und Genderpolitik auch bei uns stattfindet. Ich gratuliere den SP Frauen* Schweiz zu ihrem 100jährigen Geburtstag und freue mich auf den Auftritt ihrer Co-Präsidentin Natascha Wey an unserem Parteitag vom 27. September.

Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist Co-Präsidentin der SP Aargau und Grossrätin.

Die Russische Revolution von 1917 und ihre Bedeutung für die Gegenwart

Die bis Ende Juni 2017 dauernde Ausstellung «1917 REVOLUTION. RUSSLAND UND DIE SCHWEIZ» im Landesmuseum Zürich hat uns mit Fragen zurück gelassen: Was ist über das Jubiläumsdatum – und nach Beendigung des Kalten Krieges – hinaus heute für uns relevant an der Russischen Revolution? Wie hat sich diese auf die Politik in der Schweiz ausgewirkt? Als Vorwand für die «Geistige Landesverteidigung», als Abschreckung, als Disziplinierungsthema für die SP? Oder als Beispiel? Dem Thema ist die diesjährige Sommeruni der SP Schweiz nachgegangen, und auch die SP Aargau beschäftigen diese Fragen. Am 14. September diskutiert der emeritierte Zürcher Geschichtspräsident Jakob Tanner in Aarau dieses widersprüchliche Thema mit uns. Hier seine einleitenden Bemerkungen dazu:



Jakob Tanner

Das beginnende 20. Jahrhundert war für die sozialistische Arbeiterbewegung eine Phase niederschmetternder Erfahrungen, aber auch hochfliegender Hoffnungen. Der 1912 mit dem internationalen Friedenskongress in Basel unternommene Versuch, den sich abzeichnenden mörderischen Krieg zu verhindern, war gescheitert. Mit ihm war auch die 1889 gegründete Zweite Sozialistische Internationale auseinandergebrochen. Im Ersten Weltkrieg geriet die Unterstützung der nationalen Kriegsanstrengungen allerdings zunehmend in einen offenen Widerstreit zu einem klassenkämpferischen Internationalismus. Gleichzeitig verbanden sich revolutionäre Aspirationen auf neue Weise mit nationalen Reformkonzepten.

Die Russische Revolution war ein eminentes Ereignis mit globaler Ausstrahlung. Das gesellschaftliche Transformationspotenzial dieses ebenso politischen wie ästhetischen Aufbruchs, der sich schon vor 1914 abzeichnet und der zur Februarrevolution von 1917 führte, reichte weit über die gewaltsame Machtübernahme der Bolschewisten im Oktober 1917 hinaus. Unsere Diskussion geht auf Kräftekonstellationen, Probleme und Perspektiven dieses revolutionären Übergangs ein. Wie wirkt sich Gewalt in politi-

schen Veränderungsprozessen aus? Welche Bedeutung kam dem revolutionären Internationalismus in einer sich globalisierenden Welt zu?

Dabei kommen auch die Beziehungen zwischen Russland und der Schweiz ins Blickfeld. Welche Rolle kam dem neutralen Kleinstaat als Plattform für die Aushandlung reformerischer und revolutionärer Strategien unter den Bedingungen eines totalen Krieges zu? Wie verhielt sich die Sozialdemokratie zu Tendenzen in der Arbeiterbewegung, welche die «Diktatur des Proletariats» zur Unterdrückung demokratischer Aushandlungsprozesse und öffentlicher Meinungsäusserungen nutzten? Die übergreifende Leitfrage lautet: Wie kann die Geschichte der Russischen Revolution so erzählt werden, dass sie auch nach dem Ende des Kalten Krieges interessant bleibt für Parteien und Bewegungen, die sich als sozialistisch oder sozialdemokratisch verstehen?

Jakob Tanner von Zürich war von 1997 bis 2015 Professor für Allgemeine und Schweizer Geschichte der neueren und der neuesten Zeit an der Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und dem Historischen Seminar der Universität Zürich. Er hat wesentlich zur Öffnung der schweizerischen Geschichtsbetrachtung beigetragen.



«Irgendetwas stimmt hier nicht» oder warum es die SP Frauen* gerade im Aargau braucht

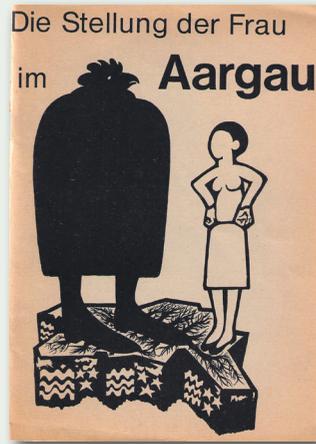


Bild: Ch. Frey



Elena Flach von Zurzach und...

...SP-Grossrätin Viviane Hösl von Zofingen sind Co-Präsidentinnen der SP Frauen* Aargau

Gefühle und Fakten über Ungleichheit hier und anderswo

Manchmal beschleicht mich ein komisches Gefühl: «Irgendetwas» stimmt hier nicht. Warum wird dieser Mann* für die Kandidatur in ein wichtiges Amt vorgeschlagen und nicht die Parteigenossin*? Warum melden sich bei der Parteiversammlung fast nur Männer* zu Wort, obwohl gleich viele Frauen* wie Männer* anwesend sind? Warum werde ich als Frau* nach meinen Familienplänen gefragt und mein Partner nicht? Bin ich überempfindlich, gebe ich mich mit solchen Fragen in eine Opferhaltung? Vielleicht ist es ja nur ein Zufall? Vielleicht ist der Mann* wirklich besser qualifiziert? Vielleicht wollen die anwesenden Frauen* ja gar nichts zum Thema an dieser Parteiversammlung sagen?

Auch wenn diese Ungleichheiten schwer zu durchschauen und zu verstehen sind, wissen wir alle, dass die Gleichstellung der Geschlechter noch nicht erreicht ist. Fakt ist: Lohnungleichheit existiert, die Altersarmut betrifft hauptsächlich Frauen* und die unbezahlte Care-Arbeit ist immer noch Frauen*sache. Und das ist nicht in Ordnung!

Der Aargau braucht einen feministischen Schub

Wir wollen, dass Gleichstellungsthemen im Aargau – egal ob auf emotionaler oder sach-

licher Ebene – sichtbar werden. Dass wir aussprechen können, was uns stört. Darum haben sich auch die Aargauer Frauen*, inspiriert von der Energie und den Ideen der SP Frauen* Schweiz, daran gemacht, ein Positionspapier zu formulieren. Damit soll mit Fokus auf den Kanton Aargau wieder verstärkt an der tatsächlichen Gleichstellung gearbeitet werden. Denn nicht nur bei näherem Hinschauen stellt man fest, dass der Aargau in punkto Gleichstellung so gut wie gar nichts macht. Der Kanton braucht dringend einen feministischen Schub.

Die Idee ist kurz und sec zu formulieren, wofür sich die SP Frauen* Aargau einsetzen wollen und wie dies umgesetzt werden kann. Deshalb arbeitet momentan eine kleine Arbeitsgruppe an einem Entwurf für ein Positionspapier, das Anfang September an alle SP-Frauen* verschickt wird. Und dann braucht es alle Frauen*!

Im Kanton Aargau soll wieder verstärkt an der tatsächlichen Gleichstellung gearbeitet werden.

Die SP Frauen* treiben die Gleichstellung im Kanton voran

Alle Frauen* sind aufgerufen, mitzudiskutieren und die ganze Vielfalt an Power, Wissen und Erfahrung einzubringen. Das Papier soll gemeinsam präzisiert und ergänzt werden. An der kommenden Herbstversammlung der SP Frauen* Aargau wird das Papier verabschiedet, und es werden erste Pläne zur Umsetzung geschmiedet und Forderungen formuliert.

Die SP Frauen* Schweiz wie auch die SP Frauen* Aargau wollen auch nach hundert Jahren noch Dinge verändern und die Gleichstellung vorantreiben. Wir laden alle Genossinnen* ein, sich mit uns gegen dieses «komische Gefühl» zu wehren.

Datum der Herbstversammlung: 14. November 2017, 19.30 Uhr in Aarau
Einladung und Positionspapier folgen per Mail

KOMMENTAR



Die Stellung der Frau im Aargau 1981

«Wir lehnen die Initiative ab, weil sie naturgegebene Tatsachen völlig ausser acht lässt und unserem Verständnis der Rollenverteilung zwischen Mann und Frau nicht entspricht.» So liess sich die Aargauer Regierung, darunter zwei Sozialdemokraten, 1980 zur Volksinitiative «Gleiche Rechte für Mann und Frau» zu Händen des Bundesrates vernehmen. Eigentlich hatte der Bundesrat die Kantone um die Darstellung der faktischen Stellung der Frauen in wesentlichen Lebensbereichen und der allfälligen Ungleichbehandlungen der Frauen im Rahmen der kantonalen Rechtsnormen gebeten – aber der Aargauer Regierungsrat beschränkte sich auf den zitierten lapidaren und auch 1980 schon nicht mehr akzeptablen Satz. Hans Zbinden, damals SP-Grossrat, forderte mit einem Postulat die Regierung auf, nachträglich die von Bern gestellten Fragen zu beantworten. Diese war dazu bereit, der Grosse Rat aber lehnte das Postulat ab. Und so machte sich Hans Zbinden im Alleingang daran, die Stellung der Frau im Aargau in Wort und Grafik darzustellen. Auf 22 Seiten zeigte er, wie die Aargauerinnen in Politik, Bildung, Justiz, Wirtschaft und Verwaltung ungleich vertreten und ungleich behandelt wurden. Die Broschüre stellte er mit einem freundlichen Vorwort den «werten Kolleginnen und Kollegen» im Grossen Rat zu – und dem Bundesrat. Aus diesem zeigte sich vor allem Bundesrat Kurt Furgler erfreut und dankte Hans Zbinden in einem Brief für seine «Solonummer», wie Hans mir erzählte. Er übergab mir sein Werk von 1981 an der Beerdigung von Sonya Schmidt und berichtete, Sonya habe ihn zu dieser Arbeit ermutigt.

Die Gleichstellungsinitiative wurde von den Initiantinnen zugunsten des Gegenvorschlags des Bundesrats zurückgezogen. Der Gegenvorschlag für den Bundesverfassungsartikel 4bis wurde am 14. Juni 1981 mit 60,3 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Die Soziologen Thomas Held und René Levy hatten bereits 1973 eine «Untersuchung über die Stellung der Frau in der Schweiz; im Auftrag der nationalen schweizerischen Unesco-Kommission» verfasst.

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.

ENERGIEOFFENSIVE DER SP-FRAKTION IM GROSSEN RAT

Energiewende konkret!

DIE SP-FRAKTION MACHT DEM KANTON MIT FÜNF VORSTÖSSEN DAMPF.

Gabriela Suter von Aarau ist SP-Grossrätin, Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau und Präsidentin der SP Aarau.



Max Chopard-Acklin von Nussbaumen ist SP-Grossrat.

Am 21. Mai 2017 haben die Stimmberechtigten das revidierte Energiegesetz (1. Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050) mit 58,2 Prozent Ja-Stimmen klar angenommen. Die Schweiz hat jetzt den Auftrag, bis 2035 den Energieverbrauch um 42 Prozent und den Stromverbrauch um 13 Prozent zu senken, die Energieeffizienz zu erhöhen und erneuerbare Energien zu fördern. Zudem ist der Bau neuer Kernkraftwerke nun verboten. Bund, Kanton und Gemeinden sind gefordert, Massnahmen zu ergreifen, damit diese ambitionierten Ziele erreicht werden können. Um dem Kanton Beine zu machen, hat die SP-Grossratsfraktion im August ein Bündel Energievorstösse eingereicht. Sie will sicherstellen, dass es nicht bei schönen Worten bleibt, sondern dass die Energiewende im Aargau zügig umgesetzt wird.

Kantonale Energiestrategie energieAARGAU

Mit grossem Mehr verabschiedete der Grosse Rat im Juni 2015 die kantonale Energiestrategie energieAARGAU. Diese berücksichtigt bereits die Entscheide des Bundesrates und der eidgenössischen Räte zur Energiestrategie 2050. Die Hauptziele sind die Steigerung der Energieeffizienz und der Ausbau der erneuerbaren Energien mit einem Schwerpunkt im Gebäudebereich. Die kantonale Energiestrategie ist auf dem richtigen Weg. Nach dem Volks-Ja zur neuen Energiezukunft ist es Zeit für eine Zwischenbilanz. Mit einer überparteilichen Fraktions-IP wirft die SP die zentralen Fragen auf: Wo steht der Kanton Aargau aktuell in der Zielerreichung

zur Energieeffizienz und den Erneuerbaren? Welche Massnahmen wurden bisher eingeleitet? Was ist vorgesehen, falls der Kanton Aargau bei der Zielerreichung in Verzug kommt?

Revision des kantonalen Energiegesetzes

Der Kanton hat bis jetzt zugewartet mit der Revision des Energiegesetzes, um dieses den neuen Herausforderungen entsprechend anzupassen. Das muss nun dringend nachgeholt werden! Es braucht die gesetzlichen Rahmenbedingungen, um die in der Energiestrategie gesteckten Zielwerte auch zu erreichen. Die SP-Fraktion fragt in einer Interpellation nach dem Zeitplan und den Eckwerten der Revision. Der Kanton soll bei seinem Gebäudepark eine Vorbildfunktion einnehmen, und es braucht ein klares Verbot von neuen Elektroheizungen.

Massnahmen im Gebäudebereich

Am meisten Energie verbrauchen wir in den Bereichen Wärmeerzeugung und Mobilität. Bei den Gebäuden besteht ein grosses Potenzial für die Reduktion des Verbrauchs von fossilen Energien und damit auch für die Senkung des CO₂-Ausstosses. Bereits im Mai reichte die SP-Fraktion deshalb zusammen mit den Grünen und der GLP eine Motion

ein, die fordert, für die Förderprogramme im Gebäudebereich neben dem Sockelbeitrag aus der CO₂-Teilzweckbindung auch eigene kantonale Mittel einzusetzen. Ziel ist es, die teilzweckgebundenen CO₂-Abgaben aus dem Aargau so zu verwenden, dass die Energieeffizienz bei Altbauten massiv gesteigert wird.

Verkehrswende

Rund ein Drittel des Gesamtenergieverbrauchs der Schweiz ist auf den Verkehr zurückzuführen. Dieser trägt mit rund 40 Prozent wesentlich zu den Gesamt-CO₂-Emissionen der Schweiz bei. Zur Energiewende gehört deshalb auch eine Verkehrswende auf der Strasse. Schienenfahrzeuge in der Schweiz sind heute weitgehend elektrifiziert. Was auf der Schiene völlig klar ist, wird auf der Strasse zur Freude der Öllobby noch immer zerredet.

SP-Grossrat Jürg Knuchel fordert in einem Postulat Massnahmen für einen attraktiveren Velo- und Fussgängerverkehr, damit möglichst viele Menschen auf eine umweltverträgliche Mobilität umsteigen. Zudem fordert SP-Grossrat Max Chopard-Acklin in einem überparteilich getragenen Postulat eine Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer. Anreizsysteme zur Beachtung der Umweltbilanz helfen beim Kauf neuer Motorfahrzeuge mit, den angestrebten Absenkpfad bei der Schadstoffbelastung zu erreichen. Wer sich für ein umweltfreundliches Fahrzeug entscheidet, soll mit einem Rabatt bei der Motorfahrzeugsteuer belohnt werden.

Energiefonds zur Sicherung der Finanzierung

Um die Energiewende umzusetzen, braucht es genügend finanzielle Mittel. In der Zeit des Leistungsabbaus besteht die Gefahr, dass die in der kantonalen Energiestrategie beschriebenen Massnahmen zur Umsetzung der Energiewende hinausgeschoben oder gar gestrichen werden. SP-Grossrätin Gabriela Suter will deshalb in einer überparteilichen Interpellation wissen, ob sich der Regierungsrat vorstellen kann, einen kantonalen Energiefonds zu errichten. Dieser könnte sich beispielsweise über Lenkungsabgaben auf fossile Energieträger speisen. Eine andere Möglichkeit wäre es, einen Teil der Gelder der Strassenkasse teilzweckgebunden für die Finanzierung der Verkehrswende einzusetzen.



Elektroauto, propagiert vom Oregon Department of Transportation.

Quelle: <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=24373927>

ZU THOMAS BUOMBERGER «DIE SCHWEIZ IM KALTEN KRIEG
1945-1990»

Im Gruselkabinett des Kalten Krieges



Katharina Kerr von Aarau
ist Redaktorin links.ag.

In den bleiern fünfziger und sechziger Jahren zwang uns der Kalte Krieg zu bürgerlichem Wohlverhalten und wollte uns Fesseln im Denken und Tun anlegen. Autoritäten durften nicht hinterfragt werden, die Armee war sakrosankt. Anders als die anderen vom Krieg gezeichneten westlichen Länder, die sich, obwohl nun auch gegen den früheren Verbündeten UdSSR gerichtet, politisch und gesellschaftlich öffneten, blieb die Schweiz über den Zweiten Weltkrieg hinaus im kleingeistigen Abwehrmodus stehen.

Antikommunismus

Vor allem aber herrschte ein rabiater Antikommunismus. Mit diesem wollte sich die offizielle Schweiz, die nach 1945 wegen ihrer

gewinnbringenden Kollaboration mit dem Nazi-Regime international isoliert dastand, wieder glaubwürdig zeigen. Die neue Identitätsstiftende Ideologie richtete sich gegen Osten, sie richtete sich im Land selbst aber gegen alles Linke, politisch Abweichende und Kritische. Auch prominente Sozialdemokraten und vor allem Gewerkschaften wie der Metallarbeiterverband SMUV liefen in diesem Mainstream mit. Es war zwar nicht der fatale McCarthyismus, aber gerade nach dem Ungarnaufstand 1956 wurden auch in der Schweiz Frauen und Männer, die Kommunisten waren oder als Kommunisten verdächtigt wurden, verfolgt, mit Hilfe der Presse gehetzt wie der Zürcher Kunsthistoriker Konrad Farner, oder sie verloren ihre Stelle.

Geistige Landesverteidigung

Die Ideologie des Moments war auch nach dem Krieg und bis 1968 die in den dreissiger Jahren vom Bundesrat ausgerufene sogenannte Geistige Landesverteidigung. Sie bedeutete, so der Winterthurer Historiker Thomas Buomberger in seiner hochinteressanten, den Kalten Krieg in der Schweiz erstmals umfassend darstellenden Studie «nicht nur eine mentale Beschränkung und intellektuelle Isolation nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern sie äusserte sich in einer Bunkermentalität und einem Sicherheitsdenken, die international ihresgleichen suchten... Diesem Sicherheitsdenken entsprang die irrwitzige Vorstellung, dass ein Atomkrieg zu überleben sei». Und so wurden noch und noch Bunker und Schutzräume gebaut, bis die Schweiz zu 110 Prozent damit versorgt war.

Würenlingen, Beznau und die schweizerische Atombombe

Solche und andere heute fast vergessene Fakten legt Buomberger in seinem Buch detailliert vor: so den Bau des privat gebauten, aber durch den Bund massiv subventionierten (störfallanfälligen) Schwerwasserreaktors Diorit in Würenlingen zu zivilen und vor allem militärischen Zwecken – die Armee wollte eine schweizerische Atombombe erzwingen – und parallel dazu den «atomkriegstauglichen» Zivilschutz. Plutonium wurde zwar nie produziert und auch keine Atombombe gebaut, in Würenlingen wurden aber 10 Tonnen Uran gelagert. Auch die Mi-

ragebeschaffung war ursprünglich für den Transport von Schweizer Atombomben «bis nach Moskau» gedacht. Parallel zum 1994 endgültig abgebauten Diorit kaufte die NOK einen Leichtwasserreaktor. 1970 wurde das AKW Beznau von Westinghouse schlüsselfertig geliefert. Die ausgebrannten Brennstäbe des Diorit-Reaktors lagern seit 2004 im Zwilag.

Das Ende des Kalten Kriegs und die GSoA

Der Spuk dauerte bis zum Mauerfall 1989 – und bis zur GSoA-Abstimmung kurz nach Berlin, bei der 35,6 Prozent für die Armeeabschaffung votierten. Jedoch: «Der ideologische Kadaver der Geistigen Landesverteidigung», so Buomberger in einem Interview, «wurde nach deren Beendigung von einer rechtspopulistischen Partei reanimiert, und das Instrument wurde seither gegen Brüssel und die EU verwendet.»

Karl Barth in Brugg

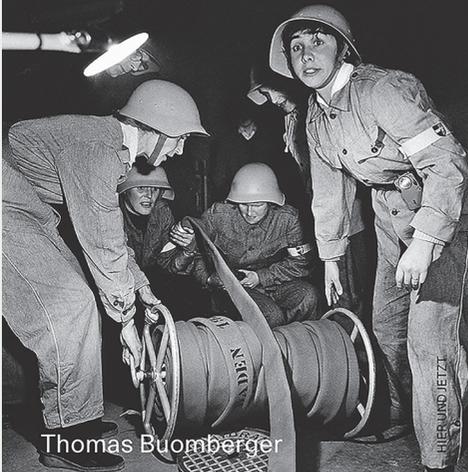
Der Schweizer Theologe Karl Barth gilt für die evangelisch-reformierte Kirche als «Kirchenvater des 20. Jahrhunderts». Was wenige wissen: Barth kam 1911 als Pfarrer in das Aargauer Dörfchen Safenwil. Dort solidarisierte er sich schnell mit der protestierenden Arbeiterbewegung, so dass er den Übernamen «roter Pfarrer von Safenwil» erhielt. 1915 trat er der SP Aargau bei und unterstützte in den kommenden Jahren aktiv die Streikbewegungen. Dass die europäischen Sozialdemokraten im ersten Weltkrieg den Krieg bejahten, erschütterte Barths Haltung zur SP jedoch schon bald tief. Barth war als religiöser Sozialist nicht alleine. Die Bewegung des religiösen Sozialismus spielte im 20. Jahrhundert keine unwesentliche Rolle für die Schweizer Sozialdemokratie. Bis heute gibt die Bewegung die 1906 gegründete Zeitschrift «Neue Wege» heraus.

Die «Neuen Wege» und die SP Aargau zeigen am Sonntag, den 19. November 2017 ab 11 Uhr im Kino Odeon in Brugg den Film «Gottes fröhlicher Partisan» über das Leben von Karl Barth. Anschliessend diskutieren Esther Straub, Co-Präsidentin «Neue Wege» und Theologin und Dieter Egli, Fraktionspräsident SP Aargau, die Aktualität des religiösen Sozialismus. Für Abonnent*innen der «Neuen Wege» und Mitglieder der SP Aargau sind eine beschränkte Anzahl Plätze zu Sonderkonditionen reserviert (13 Franken, plus 1 Begleitperson). Anmeldungen bis 5. November an sekretariat@sp-aargau.ch

Cédric Wermuth ist SP-Nationalrat und Co-Präsident der SP Aargau.

Die Schweiz im Kalten Krieg

1945–1990



Thomas Buomberger: Die Schweiz im Kalten Krieg 1945–1990. Baden 1917, 420 Seiten, Fr. 44.–

Hände weg von unserer Zukunft!

Jeden Morgen muss ich in der AZ einen Artikel lesen, in dem es um die schwachen Kantonsfinanzen und um den Abbau von Leistungen für die Bevölkerung geht. Eine Regierung und ein Grosser Rat, in denen der Altersdurchschnitt viel zu hoch liegt (und die Frauenquote viel zu tief) bestimmen nicht nur über unsere Gegenwart, sondern auch über unsere Zukunft.

Aktuellstes Beispiel: das Stipendiengesetz. Die Harmonisierung der Stipendiengesetze, die vom Bund schon länger vorangetrieben wird, bringt in erster Linie grundsätzlich wünschenswerte Verbesserungen. So werden die Hürden für Menschen aus Mitgliedsstaaten der EU/EFTA für Stipendien verkleinert und gleichzeitig die Stipendienberechtigung auf Personen mit Niederlassungsbewilligung B ausgeweitet.

Die Harmonisierung erleichtert ebenfalls den kantonalen Austausch und baut unnötige administrative Hürden ab. Diese Harmonisierung ist auch den Bemühungen des VSS (Verband der Studierenden Schweiz) zu verdanken, dessen Initiative zwar abgelehnt wurde, dessen indirekter Gegenvorschlag aber die erwähnten Anpassungen bringt. Der einzige negative Punkt im Aargau kommt nicht von den Harmonisierungsforderungen, sondern ist auf einen Minderheitsantrag aus der aargauischen Kommission für Bildung, Kultur und Sport (BKS) aufgrund eines Postu-



Mia Gujer von Wettingen ist SP-Einwohnerin, Präsidentin JUSO Aargau, Mitglied der Geschäftsleitung der SP Kanton Aarau und Vorstandsmitglied der SP Wettingen.

lats des mittlerweile zurückgetretenen SVP-Grossrats Walter Deppeler und zwei weiteren SVP-Politikern zurückzuführen. Diese hatten im Dezember 2015 den Regierungsrat dazu aufgefordert, die Tauglichkeit des Splittingmodells - zwei Drittel Stipendien und ein Drittel verzinsliche Darlehen - zu überprüfen. Die Antragssteller erhoffen sich einen sogenannten «Spareffekt» von 3–5 Millionen Franken pro Jahr. So würde der Aargau nicht nur seinen Ruf als Abbau-Kanton weiter sichern, sondern im interkantonalen Stipendienvergleich auf den letzten Platz rutschen. Das Splittingmodell ist ein frontaler Angriff auf die Idee eines chancengerechten Bildungssystems. Dies nimmt der Grosse Rat gerne in Kauf, anstatt das Geld dort einzufordern, wohin man es mit Steuersenkungen verschenkt hat. Zum Vergleich: Mit der Millionärsteuer-Initiative der JUSO könnte der Kanton jährlich 75 Millionen Franken mehr einnehmen, ohne mit der Zukunft der kommenden Generationen spielen zu müssen.

In der ersten Lesung im März 2017 stimmten 68 Ratsmitglieder für das Splittingmodell, 63 dagegen. Jetzt gilt es, diese Vorlage in der zweiten Lesung zurück an den Absender zu schicken und allenfalls weitere Massnahmen zu ergreifen. Denn wir haben eine eindeutige Botschaft: Hände weg von unserer Zukunft!

AGENDA

14. September 2017, 19 Uhr,
Hotel Kettenbrücke Aarau
Diskussion mit Professor em. Jakob Tanner zur Russischen Revolution von 1917

24. September 2017
Abstimmungs- und Wahlsonntag

27. September 2017, 19.30 Uhr,
Ref. Kirchgemeindehaus,
Zeughausstrasse 9, Lenzburg
ao. Parteitag mit Natascha Wey, Co-Präsidentin SP Frauen Schweiz. Ab 16.45 Uhr Führung durch die Ausstellung «1001 Heimat» im Stapferhaus (Ringstrasse West 19, Lenzburg), Anmeldung für die Ausstellung zwingend, da nur eine begrenzte Anzahl an Plätzen zur Verfügung steht! Kosten: Fr. 16.– pro Person.

28. Oktober 2017, 9–14 Uhr,
Grossratsgebäude Aarau
Kommunalpolitische Tagung zum Thema «Nachhaltiges Wohnen für viele. Wege zum ersten 2000-Watt-Genossenschaftsareal im Aargau» Referenten: Jörg Vitelli, Grossrat SP Basel-Stadt, Präsident Wohnbaugenossenschaften Nordwestschweiz in Basel, über das Projekt Wohnen&Mehr, Basel, und Andreas Hofer, Architekt und Projektentwickler, über das Projekt Mehr als Wohnen (Hunzikerareal), Zürich. Anschliessend Workshops in Gruppen. Weiter: Information über die kantonale Umsetzung des Einbürgerungsgesetzes.

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau, Telefon 062 834 94 74 Fax 062 834 94 75 sekretariat@sp-aargau.ch, www.sp-aargau.ch Erscheint 6 Mal pro Jahr Auflage links.ag 3255 Redaktion: Katharina Kerr, katkerr@katkerr.ch Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 14. August 2017 Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 25. September 2017 Erscheinen nächste Ausgabe: 26. Oktober 2017

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Colette Basler, Pascale Bruderer, Elisabeth Burgener, Max Chopard-Acklin, Elena Flach, Mia Gujer, Viviane Höfli, Urs Hofmann, Julia Hoppe, Katharina Kerr, Gabriela Suter, Jakob Tanner, Cédric Wermuth.

Bildnachweis Seite 12: «Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst des Kommunismus». Plakat von Wsewolod S. Schtscherbakow. Zaryzin 1924. Aus: 1917 Revolution. Russland und die Folgen. Essays. Dresden, Sandstein 2017, S. 24

ABSTIMMUNGEN VOM 24. SEPTEMBER 2017 PAROLEN DER SP AARGAU

BUND

- | | |
|--|----|
| ■ Reform der Altersvorsorge 2020: | JA |
| ■ Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer: | JA |
| ■ Ernährungssicherheit (direkter Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit»): | JA |

KANTON

Es findet keine kantonale Abstimmung statt.